

Dürre kostet drei Milliarden

BAUERN Acht
Bundesländer melden
Schäden infolge der
langen Trockenheit

Osnabrück. Acht Bundesländer haben der Bundesregierung wegen der anhaltenden Dürre Schäden in Höhe von fast drei Milliarden Euro gemeldet. Die größte Summe fällt mit 980 Millionen Euro in Niedersachsen an, wie die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtete. Die Schadensmeldungen sind eine zentrale Voraussetzung für die von den Bauern wegen der Dürre geforderten staatlichen Hilfen in Milliardenhöhe.

Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) blieb allerdings vorerst bei ihrer zurückhaltenden Linie, was Hilfen des Bundes angeht. „In dieser Frage dürfen wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern müssen auf Zahlen und Fakten schauen“, sagte sie der „Huffington Post Deutschland“. Der in dem Bericht für Niedersachsen genannte Schadensbetrag setzt sich laut „NOZ“ aus Schätzungen der Landwirtschaftskammern und aus feststehenden Schäden bei bereits abgeernteten Feldfrüchten zusammen. So werde der Verlust in dem norddeutschen Flächenland allein bei Weizen mit 136 Millionen Euro beziffert, meldete das Blatt.



Julia Klöckner
Foto: dpa

Bei Weiden – die Futtergrundlage für Nutztiere wie etwa Milchkühe – sei der Schaden auf 190 Millionen Euro geschätzt worden. Mecklenburg-Vorpommern meldete der Bundesregierung dem Bericht zufolge in den vergangenen Tagen 531 Millionen Euro an Schäden, Schleswig-Holstein 422 Millionen. Zudem hätten Sachsen 308 Millionen, Brandenburg 260 Millionen, Rheinland-Pfalz 180 Millionen, Thüringen 150 Millionen und das Saarland 5,3 Millionen Euro an Dürre-Schäden gemeldet.

Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied sagte der „NOZ“: „Das derzeitige Schadensbild von nur acht Bundesländern bestätigt unsere Befürchtungen.“ Die Schäden seien enorm, etliche Betriebe seien in Existenznot. „Deshalb fordern wir Bundesländer und Bund auf, die Nothilfesituation zu erklären und ein Hilfsprogramm für die betroffenen Landwirte auf den Weg zu bringen“, sagte Rukwied. Am Mittwoch will sich das Bundeskabinett mit der Erntebilanz und möglichen Konsequenzen befassen.

Für Hilfsmaßnahmen bei Extremwetterereignissen sind eigentlich die Länder zuständig, bei Ereignissen von nationalem Ausmaß kann aber auch der Bund einspringen. Klöckner rief die Bauern auf, sie sollten sich „mittel- und langfristig auf die Zunahme extremer Wetterlagen einstellen“. (afp)